

GREXIT

Die Börsenkurse bleiben unter Druck. Die Hoffnung auf eine Einigung mit Griechenland schwindet.



Die von Michael Fuchs geführte CDU-Bundestagsgruppe lehnt neues Geld mehrheitlich ab – Merkel verhandelt mit Athen im Zweifel also ohne parlamentarische Legitimation – genau wie Tsipras, der im Parlament in Athen keine Mehrheit mehr hat für die von ihm vertretene Position.

Das Verfassungsgericht Athens hat die Pensionskürzungen aus 2012 für verfassungswidrig erklärt – was das Scheitern der Tsipras-Verhandlungsposition faktisch besiegelt – denn die Fiskal-Ausgaben steigen dadurch – während die EU mehr Kürzungen fordert – Merkel und Tsipras vertreten im Grunde zwei miteinander unvereinbare Positionen.

Die EZB hat die ELA-Fazilität (Emergency Lending – Notkredit) für Athen auf €83 Mrd erhöht – weil immer mehr Kapital aus Griechenland abfließt (Kapitalflucht). ELA ist ein EZB-Instrument das Athen kurzfristig Geld leiht. ELA war im November bei €40 Mrd; damit hat Athen in knapp 6 Monaten weitere €40 Mrd verbrannt, finanziert von der EZB, zu Lasten der EU-Steuerzahler, ohne parlamentarische Legitimation. Dieses Geld wäre beim Grexit zusätzlich zu den Staats-Schulden auch noch futsch.

Hier schwelt die Frage, wie lange die EZB das durchhalten kann, respektive wann der EZB-Rat mehrheitlich nicht mehr mitspielt und den Hahn abdreht. Liegt die Grenze dafür bei €90 Mrd oder bei €100 Mrd? Am Donnerstag wird darüber entschieden. Selbst wenn es bis dahin noch zum Kuhhandel kommen würde, so empfinden Börse und Wähler das gesamte Gezerre schon jetzt als unerträglich blamables Spektakel. Eine wirtschaftlich-kaufmännisch sinnvolle Lösung ist schon lange nicht mehr möglich und der entstandene Schaden ist unermesslich (siehe uneinholbarer volkswirtschaftlicher Schaden, verlorene Glaubwürdigkeit, zerstörtes Vertrauen).

Unser Fazit: Der Zeitpunkt für einen „GREXIT“ ist vermutlich näher - als die Märkte glauben. Tsipras hat zwei Optionen: Er akzeptiert die EU-Forderungen - was seine Regierung mangels Mehrheit dafür dann scheitern lassen würde – oder er verweigert – was Kapitalverkehrskontrollen auslöst – als Vorläufer für den Staatsbankrott Ende Juni.

Apropos Weltwirtschaft: Die aktuellen Konjunkturdaten spielen an der Börse keine Rolle. Der IMF hat die Welt-Konjunktur-Prognose gesenkt, für die EU aber gleichzeitig kräftig angehoben.

Am Mittwoch droht dem Markt eine spektakuläre Sitzung/Pressekonferenz durch die US-Fed. Es geht bei der Zinspolitik konkret um den Zeitpunkt, wann der Leitzins angehoben wird. Die große Mehrheit der Portfolio-Manager und Anlage-Profis verknüpft damit eine Anpassung und Neu-Ausrichtung der Markt-Strategie über den Sommer hinaus bis in den Herbst.